MEIN HAMBURG NACHRICHTEN AG

14. Juni 2025

Hamburg kämpft nach Messerattacke für bessere Sicherheit bei Psychopathen

Hamburg reagiert auf jüngste Messerangriffe und plant länderübergreifende Konzepte zur Verbesserung des Umgangs mit psychisch Erkrankten.

Hamburg, Deutschland - In Hamburg sorgt ein überaus tragisches Ereignis für Besorgnis und neue Diskussionen über den Umgang mit psychisch erkrankten Menschen. Eine Frau hat erst kürzlich am Hauptbahnhof 18 Menschen mit einem Messer verletzt. Der Schock sitzt tief, zumal die Täterin nur einen Tag zuvor aus einer psychiatrischen Klinik in Niedersachsen entlassen worden war. Bereits zuvor hatte sie durch Gewalttaten auf sich aufmerksam gemacht. Vor diesem Hintergrund drängt die Stadt auf dringende Reformen, um solche Vorfälle künftig zu verhindern. Welt berichtet von einem Beschlussvorschlag, der bei der kommenden Innenministerkonferenz in Bremerhaven vorgestellt werden soll.

Die Hamburger Innenbehörde hat klare Ziele: eine verbesserte länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Sicherheits- und Gesundheitsbehörden. Es gilt, das Gefährdungsrisiko durch psychisch erkrankte Menschen deutlich zu senken. Ein Sprecher der Innenbehörde, Daniel Schaefer, betonte die Notwendigkeit, relevante Informationen zu psychischen Erkrankungen der Polizei zugänglich zu machen. Diese Erkenntnisse sollen in einem gemeinsamen Risikomanagement forciert werden, um frühzeitig Risiken erkennen und entgegensteuern zu können. NDR hebt hervor, dass dies auch auf die Vorfälle in München abzielt, wo eine weitere Frau ähnlich verstörende Taten vollzog.

Vorschläge für eine nachhaltige Lösung

Im Rahmen des geplanten Systems zur Früherkennung ist die Einführung eines nationalen Kompetenzzentrums für Risikobewertung vorgesehen, das die Expertise von Polizeibehörden und psychologischen Fachleuten vereint. Ein ähnliches Modell gibt es bereits in Hamburg: das Kompetenzzentrum für Risikobewertung (KORIS), das seit Oktober 2024 arbeitet. Angesichts immer wieder aufflammender Gewalttaten ist ein solches System dringend nötig.

Dabei geht es nicht nur um reaktive Maßnahmen, sondern auch um präventive Strategien. Hamburg fordert die Schaffung rechtssicherer Optionen, um eine medizinische Überwachung oder die Verpflichtung zur Therapieannahme zu prüfen. Ein System zur Überprüfung der Medikamenteneinnahme nach geschlossener Unterbringung soll zudem rechtlich verankert werden.

Der europäische Kontext

Die Herausforderungen, mit denen Städte wie Hamburg konfrontiert sind, spiegeln sich auch auf europäischer Ebene wider. Laut der WHO leben in Europa über 150 Millionen Menschen mit psychischen Erkrankungen, und nur ein Drittel davon erhält die notwendige Versorgung. Das Ziel der neu

gegründeten Pan-Europäischen Initiative für psychische Gesundheit ist es, die Versorgung zu verbessern und soziale Ungleichheiten, die die psychische Gesundheit gefährden, anzugehen. WHO hebt hervor, dass psychische Gesundheit ein essenzieller Bestandteil des individuellen und kollektiven Wohlbefindens ist.

Die Hamburger Maßnahmen sind Teil eines größeren Ganzen und sollen dazu beitragen, die gesellschaftliche Haltung gegenüber psychischen Erkrankungen zu verbessern. Klare Strukturen und eine länderübergreifende Zusammenarbeit können den überfälligen Wandel in der Handhabung von psychisch auffälligen Menschen vorantreiben. In einer Zeit, in der die Debatte um mentale Gesundheit immer lauter wird, sind mutige Schritte gefragt ج und Hamburg scheint bereit zu sein, diese zu gehen.

Details	
Ort	Hamburg, Deutschland
Quellen	• www.welt.de • www.ndr.de • www.who.int

Besuchen Sie uns auf: nag-hamburg.de